



Niederschrift

33. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.12.2012
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:05 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Winfried Zylka
Herr Peter Säker
Frau Rosemarie Jahn
Frau Bettina Albert
Frau Ute Algier
Herr Kurt Barkowsky
Herr Sven-Hilmer Brauer
Frau Simone Brocks
Herr René Bülow
Herr Jörg Buthmann
Herr Claus Peter Dieck
Frau Annette Glage
Herr Peter Gloger
Frau Doris Grote
Frau Angelika Hahn-Fricke
Frau Helga Hauschildt
Frau Ingrid Helmrich
Herr Joachim Miermeister
Herr Wilfried Mohr
Frau Monika Saggau
Herr Hans-Jürgen Scheiwe
Herr André Verges
Herr Carsten Ulrich Völker
Frau Dagmar von der Mühlen
Herr Wilfried Wengler
Herr Henning Wulf
Herr Rudolf G. Beeth
Herr Volker Bruß
Herr Gerd-Rainer Busch

Herr Marc-André Ehlers
Herr Mario Florschütz
Herr Michael Kohlmorgen
Herr Klaus-Jürgen Krause
Frau Ulla Lange
Frau Edda Lessing
Frau Rita Marcussen
Frau Ingrid Olef
Herr Hans-Jürgen Sass-Olker
Herr Alexander Wagner
Frau Lore Würfel
Herr Tobias Claßen
Herr Klaus-Peter Eberhard
Frau Katharina Loedige
Herr Wolfgang Schnabel
Herr Klaus-Peter Schroeder
Frau Annelie Eick
Herr Arne Gutenschwager
Herr Arne Hansen
Herr Jürgen Kaldewey
Frau Evelyn Krauß
Herr Raimund Schulz
Herr Peter Stoltenberg
Herr Heinz-Michael Kittler
Herr Volker Murawski
Herr Joachim Dose
Herr Hermann Lübbers
Frau Landrätin Hartwieg
Frau Höppner-Reher Gleichstellungsbeauftragte
Herr Dr. Hoffmann FBL Soziales, Jugend, Bildung
Herr Schröder FBL Ordnungswesen und Straßenverkehr
Herr Wolf FBL Umwelt, Planen, Bauen
Herr Hilmer FDL Personal und Organisation
Frau McGregor FDL Finanzen
Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung
Herr Scharping FDL Rechtsangelegenheiten und Kommunalaufsicht
Herr Flägel Ressourcenmanagement/Finanzen
Herr Schramm Büro der Landrätin
Herr Birke Protokollführer

Abwesende:

Herr Arne-Michael Berg .
Frau Katja Rathje-Hoffmann .
Herr Dietmar Schulz .
Frau Diane Brüggemann .

Herr Reinhold Nawratil .
Herr Joachim Behm .
Herr Helge Petersen .
Herr Renee Böttcher .

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien
- 3 Besetzung Werkausschuss des Eigenbetriebes Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2012/160
- 4 Abberufung der Werkleitung der Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg zum 01.01.2013
Vorlage: DrS/2012/159
- 5 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.11.2012
- 6 Schulentwicklungsplan des Kreises Segeberg - Fortschreibung Stand September 2012
Vorlage: DrS/2012/125
- 7 Prioritätenlisten für Baumaßnahmen KSV für das Jahr 2013 (Beratung und Beschlussfassung) und für das Jahr 2012 (Kenntnisnahme von Änderungen)
Vorlage: DrS/2012/148
- 8 Übertragung von Aufgaben des Kreises auf die WKS;
hier: teilweise Aussetzung der Kreistagsbeschlüsse
Vorlage: DrS/2012/119
- 9 Fracking-Resolution: Nein zum "Fracking"-Verfahren im Kreis Segeberg!
Vorlage: DrS/2012/154-1
- 10 Abschluss eines Vergleiches des Kreises mit der Stadt Bad Bramstedt zur Beendigung des Rechtsstreits vor dem Verwaltungsgericht Schleswig (Klage auf Zahlung von Schulkostenbeiträgen)
Vorlage: DrS/2012/067-2
- 11 Wirtschaftsplan Eigenbetrieb ISE 2013
Vorlage: DrS/2012/158-1

- 12 Finanzwirtschaft des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: DrS/2012/167
- 12.1 Stellenplan 2013
- 12.2 Ergebnis- und Finanzplan 2013 ff.
- 12.3 Haushaltssatzung 2013
- 13 Entwurf Jahresabschluss Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg 2011
Vorlage: DrS/2012/165
- 14 Jahresabschluss 2011 des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2012/164
- 15 Aktuelle Fragezeit
- 16 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Der Kreispräsident eröffnet die 33. Sitzung des Kreistages. Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Zum Protokollführer bestellt er Herrn Birke. Er begrüßt die anwesenden Gäste. Weiter bittet er die Kreistagsabgeordneten sich förmlich im Kreistagsbüro abzumelden, falls eine Teilnahme an einer Sitzung nicht möglich sein sollte. Im Anschluss spricht er den Sitzungskalender für das Jahr 2013 an, der sich noch in der internen Abstimmung bei der Verwaltung befindet. Im Vorwege nennt er die Termine der Sitzungen des Kreistages im Jahr 2013. (07.03.2013, 16.05.2013, Konstituierende Sitzung: 20.06.2013) Auch lädt der Kreispräsident herzlich zu einem Weihnachtsempfang nach der heutigen Sitzung im Foyer ein.

Der Kreispräsident informiert den Kreistag, dass in einigen Punkten eine Einigung zwischen dem Ministerpräsidenten und den kommunalen Landesverbänden erreicht werden konnte. Zum einen erkenne das Land Schleswig-Holstein den Konnexitätsanspruch der Kommunen für die Finanzierung des Kindergartenausbaus und Betreuung im Bereich der unter 3-jährigen Kinder an. Weiter würde das Land für alle erforderlichen Betreuungsplätze zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung für unter 3-jährige Kinder, den Kommunen ab dem 01.08.2013 die Betriebskosten, durch eine auf inhaltlichen Parametern basierende Zuschusssumme, erstatten. Für das Jahr 2013 werde von Jahresplatzkosten in Höhe von 10.000 € für einen Platz in einer Kindertageseinrichtung und von 5.000 € in einer Tagespflegestelle ausgegangen. Pro Betreuungsplatz würden die Kommunen zusätzlich eine Verwaltungskostenpauschale in Höhe von 112 € pro Jahr erhalten.

Als Ausgleich für die im Zusammenhang mit dem U3-Ausbau bei den Kommunen bisher entstandenen und bis zum 31.07.2013 entstehenden und nicht durch Bundes- oder Landesmittel gedeckten Kosten, würde das Land auf die beabsichtigte Einbehaltung seines Anteils von 13 MIO € aus der für 2014 zu erwartenden Bundeserstattung für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung verzichten. Weiterhin stelle das Land den Kommunen für die energetische Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen insgesamt 11,5 MIO € in noch zu vereinbarenden Raten in den Jahren 2013 – 2016 zur Verfügung.

Ebenfalls informiert er den Kreistag über die Steuerschätzung aus November 2012. Für die kommunale Seite seien 60 MIO € mehr als in 2011 zu verzeichnen. Auch würde die Schätzung 41 MIO € mehr als die Steuerschätzung von Mai dieses Jahres aufweisen. Für die Jahre 2013 - 2016 seien weitere Steigerungsraten zu erwarten.

Im Anschluss berichtet der Kreispräsident, dass der Oberbürgermeister der Stadt Norderstedt, Herr Grote, am 21. November zum Vizepräsident der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas gewählt worden sei.

Der Kreispräsident weist danach auf die Tischvorlagen hin, die bereits auf die Tische verteilt seien und geht auf die Tagesordnung ein. Er weist den Kreistag darauf hin, dass die Vorbereitung des Haushalts im Hauptausschuss nicht beendet werden konnte und bittet in der heutigen Sitzung um Diskussionsdisziplin.

Es werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht. Damit ist diese genehmigt. Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Folgende Umbesetzungen in den Ausschüssen werden vom Kreistag beschlossen:

Umbesetzungen Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschuss	Nachfolger	Vorgänger	Status
JHA	Annelie Eick für	<i>Wolfram Zetsche</i>	Mitglied
JHA	Raimund Schulz für	<i>Arne Gutenschwager</i>	stellv. Mitglied

Umbesetzungen Kreissenorenbeirat:

Gremium		Status
Kreissenorenbeirat	Margot Santen	Kreissenorenbeirat Rickling
Kreissenorenbeirat	Renate Schümann	stellv. Kreissenorenbeirat Rickling

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 54 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 3 Besetzung Werkausschuss des Eigenbetriebes Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2012/160**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt folgende Mitglieder für den Werkausschuss des Eigenbetriebes „Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg“:

Wilfried Mohr	(CDU)	Vorsitzender
Henning Wulf	(CDU)	1. stellv. Vorsitzender
Arne Berg	(CDU)	Mitglied
Sven Brauer	(CDU)	Mitglied
Doris Grote	(CDU)	Mitglied
Angelika Hahn-Fricke	(CDU)	Mitglied
Jörg Buthmann	(CDU)	stellv. Mitglied
René Bülow	(CDU)	stellv. Mitglied
Anette Glage	(CDU)	stellv. Mitglied
Hans-Jürgen Scheiwe	(CDU)	stellv. Mitglied
Edda Lessing	(SPD)	2. stellv. Vorsitzende
Peter Säker	(SPD)	Mitglied
Rudolf G. Beeth	(SPD)	Mitglied
Rita Marcussen	(SPD)	Mitglied
Marc-André Ehlers	(SPD)	stellv. Mitglied
Gerd-Rainer Busch	(SPD)	stellv. Mitglied
Lore Würfel	(SPD)	stellv. Mitglied
Ingrid Olef	(SPD)	stellv. Mitglied
Alexander Wagner	(SPD)	stellv. Mitglied
Wolfgang Schnabel	(FDP)	Mitglied
Katharina Loedige	(FDP)	stellv. Mitglied
Klaus-Peter Eberhard	(FDP)	stellv. Mitglied
Klaus-Peter Schroeder	(FDP)	stellv. Mitglied
Joachim Behm	(FDP)	stellv. Mitglied
Rosemarie Jahn	(FDP)	stellv. Mitglied
Jürgen Kaldewey	(Bündnis 90'/Die Grünen)	Mitglied
Arne Hansen	(Bündnis 90'/Die Grünen)	stellv. Mitglied
Raimund Schulz	(Bündnis 90'/Die Grünen)	stellv. Mitglied
Annelie Eick	(Bündnis 90'/Die Grünen)	stellv. Mitglied
Arne Gutenschwager	(Bündnis 90'/Die Grünen)	stellv. Mitglied
Peter Stoltenberg	(Bündnis 90'/Die Grünen)	stellv. Mitglied

Heinz-Michael Kittler

(Die LINKE)

§ 41 (2) KrO
beratende Stimme

Joachim Dose

(Fraktion der
unabhängigen Kreistagsabgeordneten)

§ 41 (2) KrO
beratende Stimme

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 54 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 4 Abberufung der Werkleitung der Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg zum 01.01.2013

Vorlage: DrS/2012/159

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Abberufung von Frau Hermelink als Werkleitung der „Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg“ zum 01.01.2013.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 46 Ablehnung: 6 Enthaltung: 3

zu 5 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.11.2012

Die Niederschrift liegt den Kreistagsabgeordneten noch nicht vor. Die Genehmigung wird verschoben.

zu 6 Schulentwicklungsplan des Kreises Segeberg - Fortschreibung Stand September 2012

Vorlage: DrS/2012/125

Herr Mohr weist auf einen geänderten Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Schule hin. Im Anschluss lässt der Kreispräsident über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Kreises Segeberg – Schuljahr 2011/12 bis Schuljahr 2028/29 wird in der Fassung des Standes September 2012 zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, notwendige Stellungnahmen zu Schulartänderungen auf der Basis dieser Fortschreibung abzugeben. Bei eventuellen von dem Schulentwicklungsplan abweichenden Bestandsgefährdungen ist dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport zeitnah zu berichten.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen am Text des Planes und erläuternde Ergänzungen vorzunehmen.

4. Die nächste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes erfolgt im Jahre 2014.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 56 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 7 Prioritätenlisten für Baumaßnahmen KSV für das Jahr 2013 (Beratung und Beschlussfassung) und für das Jahr 2012 (Kenntnisnahme von Änderungen)
Vorlage: DrS/2012/148**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt die beigefügte gerundete Prioritätenliste 2013 für die Durchführung der investiven Sportförderung des Kreises Segeberg durch den Kreissportverband Segeberg e.V.. Die Änderungen auf der Prioritätenliste 2012 werden zur Kenntnis genommen. Weiterhin werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von je 240.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2014, 2015 und 2016 (Gesamtbetrag 720.000 €) eingestellt und in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 56 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 8 Übertragung von Aufgaben des Kreises auf die WKS;
hier: teilweise Aussetzung der Kreistagsbeschlüsse
Vorlage: DrS/2012/119**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag ist einverstanden, dass die Beschlüsse des Kreistages – bezüglich der Gründung der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg mbH und bezüglich der Übertragung von Aufgaben des Kreises auf jene (DrS/2011/003-1 und 004 und 048) und der diese vorbereitenden Beschlüsse der Fachausschüsse - bis zur endgültigen Klärung durch den zuständigen Fachausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur bezüglich des Teilspektes „Übertragung von Aufgaben und von Projekten des Kreises auf die WKS“ längstens bis 2014 ausgesetzt werden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema soll im Frühjahr 2013 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 49 Ablehnung: 1 Enthaltung: 6

**zu 9 Fracking-Resolution: Nein zum "Fracking"-Verfahren im Kreis Segeberg!
Vorlage: DrS/2012/154-1**

Herr Hansen (Vorsitzender des UNK-Ausschusses, B90/Grüne) verweist auf die Vorlage DrS/2012/154-1 und spricht ein Lob an den Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz aus. Er stellt dem Kreistag die Dimensionen des Frackings vor und erklärt, dass er dieses Verfahren als eine Technologie mit einem hohen Risiko ansehe. Er halte eine Risikoabschätzung für erforderlich. Weiter spricht er das geltende Bergbaurecht an und macht deutlich, dass eine Bohrung ohne eine Beteiligung der Einwohner erfolgen könne.

Im Anschluss erteilt der Kreispräsident Herrn Florschütz (SPD) das Wort, der ausführt, dass eine Resolution zwar kein Beschluss sei, diese jedoch den politischen Willen widerspiegele. Er ist der Meinung, dass diese Resolution nicht hinreichend klar im Sinne des Klima- und Naturschutzes sei. Insgesamt seien 13 Naturschutzgebiete von den geplanten Bohrungen betroffen. Daher sei er eindeutig gegen ein Fracking-Verfahren im Kreis Segeberg.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt folgende Resolution:

Der Segeberger Kreistag fordert die Landesregierung von Schleswig-Holstein auf, das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) anzuweisen, etwaige Anträge auf Erkundung von und Förderung aus unkonventionellen Erdgaslagerstätten mit Hilfe des sogenannten Frackingverfahrens im Kreis Segeberg bis auf weiteres abzulehnen.

Für das Gefährdungspotential des Frackingverfahrens für Tektonik, Grundwasser, Landschaft und Klima liegen zwar zahlreiche, aber noch nicht ausreichend belastbare wissenschaftliche Forschungsergebnisse für Norddeutschland vor. Das Verfahren wird in Wissenschaft und Öffentlichkeit kontrovers diskutiert.

Das tatsächliche Eintreten möglicher Risiken wäre für den Kreis Segeberg aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen schädlich. Bis zum Vorliegen belastbarer und einschätzbarer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse lehnt der Segeberger Kreistag eine Anwendung des Frackingverfahrens ab.

Des Weiteren fordert der Segeberger Kreistag, dass auf Landes- und Bundesebene eine politische Diskussion geführt wird, um die Beteiligungsrechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu sichern und die Verpflichtung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) einzuführen sowie das Bergrecht dahingehend zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 53 Ablehnung: 1 Enthaltung: 2

zu 10 Abschluss eines Vergleiches des Kreises mit der Stadt Bad Bramstedt zur Beendigung des Rechtsstreits vor dem Verwaltungsgericht Schleswig (Klage auf Zahlung von Schulkostenbeiträgen)

Vorlage: DrS/2012/067-2

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung zu beauftragen,

den Beschluss des Hauptausschusses vom 05.06.2012 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 52 Ablehnung: - Enthaltung: 4

zu 11 Wirtschaftsplan Eigenbetrieb ISE 2013

Vorlage: DrS/2012/158-1

Herr Beeth (SPD) erklärt, dass die vorgenommenen Änderungen in der Vorlage nicht ersichtlich seien. Im Anschluss stellt der Kreispräsident den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2013.
2. Die Investitionsmaßnahmen ohne Haushaltsunterlage Bau mit einem Sperrvermerk gemäß § 12 Gem-HVO Doppik zu versehen und nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Werkausschuss freizugeben.
3. Die Stellen mit der Nr. 4 und 36 aus der Anlage 5 zu der Vorlage DrS/2012/158-1 mit einem KW-Vermerk zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 47 Ablehnung: 3 Enthaltung: 6

zu 12 Finanzwirtschaft des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2013

Vorlage: DrS/2012/167

Der Kreispräsident verweist auf die Tischvorlagen und erteilt der Landrätin das Wort. Diese führt aus, dass der Jahresfehlbetrag reduziert werden konnte und geht auf Erträge, Aufwendungen und den aktuellen Schuldenstand ein. Im Haushalt 2013 sei noch kein finanzieller Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage vorhanden. Weiter spricht sie das Finanzvolumen des Kreises Segeberg an und geht darauf ein, dass für die Verwaltung dieses Volumens kompetente Mitarbeiter gebraucht würden. In diesem Zusammenhang gebe es viele Argumente für den beantragten Stellenmehrbedarf. Sie erklärt, dass die Anforderungen an die Mitarbeiter steigen würden und es zu einer andauernden Überlastungssituation gekommen sei. Insbesondere das Volumen, die Qualität sowie die Rechtssicherheit der Arbeit würde die Kreisverwaltung Segeberg vor immer wieder neue Herausforderungen stellen. Der beantragte Stellenmehrbedarf von 30,4 Stellen würde eine Steigerung von 4,9% bedeuten.

Die Steigerung der Arbeitsbelastung sei jedoch deutlich höher anzusiedeln. Im Rahmen der Personalentwicklung wolle sie ein zukunftsfähiges Konzept aufstellen und zeitnah umsetzen. Auch informiert sie den Kreistag, dass die Verluste der E.ON Hanse keine Auswirkungen auf den Haushalt 2012 hätten.

Daraufhin erteilt der Kreispräsident Herrn Wulf (Vorsitzender des Hauptausschusses, CDU) das Wort. Dieser führt aus, dass es erstmals nicht gelungen sei den Haushalt im Hauptausschuss gänzlich vorzubereiten. Der Stellenplan hingegen hätte vorbereitet werden können.

Im Anschluss geht auch Herr Kruse (Personalrat) auf den Stellenplan ein. Er macht deutlich, dass die Vorlage DrS/2012/105 den Kreistagsabgeordneten mit einer ausführlichen Begründung zum Stellenmehrbedarf seit September vorliege. Er hätte sich mehr Diskussionen in den Fachausschüssen gewünscht. Seiner Meinung nach wären diese zu kurz gekommen. Er macht den Vorschlag, als Personalrat in die Fraktionen zu gehen, um Unklarheiten zu beseitigen und den Stellenmehrbedarf nochmals zu begründen.

Herr Dieck (CDU) erklärt, dass er von einem ausgeglichenen Haushalt träume und die Kreislage gesenkt werden könne. Er sehe jedoch nach vorne und wolle neue Themen der Kreispolitik angehen.

Es müsse der Spagat zwischen einer Konsolidierung des Haushaltes und der Gestaltung der Gemeinden geschafft werden. Er spricht seinen Dank an die Verwaltung aus und bringt dem Kreistag die Anträge der CDU-Fraktion zu den Kreisstraßen, dem U3-Ausbau, der Schülerbeförderung sowie zu der Kulturarbeit näher. Im Anschluss geht er auf den Personalhaushalt ein: Er sehe eine Ausweitung des Personalbestands von 8% in diesem Jahr und 15% in den letzten 3 Jahren. Er sehe jedoch auch die steigende Aufgabenlast und spricht sich dafür aus, 22,4 Stellen zu bewilligen. Darüber hinaus stellt er den Antrag einen Personalkostendeckel einzurichten.

Frau Lessing (SPD) spricht die Anträge der CDU-Fraktion an. Sie halte es für arrogant, eine solche Vielzahl von Anträgen so kurzfristig einzureichen. Sie blickt auf das Jahr zurück und erklärt, dass viele Dinge einvernehmlich beschlossen werden konnten. Weiter geht sie auf die ISE-neu ein und führt aus, dass sie den Eigenbetrieb als nicht wirtschaftlich ansehe. Sie spricht sich ebenfalls dafür aus, die KSB aufzulösen, da die Eigenbetriebe ihrer Meinung nach nur Arbeit und Ärger einbringen würden. Im Anschluss erklärt sie, dass der Antrag der FDP-Fraktion die Aufwandsentschädigungen zu kürzen, die ehrenamtliche Tätigkeit nicht würdigen würde. Den Antrag der CDU-Fraktion zur Schülerbeförderung begrüße sie hingegen, da die Kommunen unterstützt würden. Sie stellt jedoch den Antrag, bereits ab dem 01.02.2013 auf die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten zu verzichten.

Den Antrag auf einen Personalkostendeckel befürworte sie nicht. Die Mitarbeiter der Verwaltung seien überlastet. Die CDU-Fraktion würde sich hier aus der Verantwortung ziehen. Sie erkenne den Personalmehrbedarf der Verwaltung an.

Herr Schnabel (FDP) erklärt, dass er die Haushaltsdisziplin in Gefahr sehe und spricht sich für einen strikten Konsolidierungspfad aus. Seiner Meinung nach hätte eine solide Haushaltswirtschaft, die Stärkung der Infrastruktur und die Wirtschaftsförderung oberste Priorität. Er wolle jedoch die versprochenen Stellen genehmigen. Weiter sieht er den Bedarf, junges neues Personal einzustellen, um das Ziel einer modernen und schlanken Verwaltung zu erreichen. Zu den Stellen im Jobcenter führt er aus, dass er diese nicht genehmigen wolle, da er ein zu hohes Risiko sehe. Er ergänzt, dass er in der heutigen Sitzung den Haushalt beschließen wolle und das Ziel eines konsolidierten Haushalts fast erreicht sei.

Herr Stoltenberg (Bündnis 90'/Die Grünen) sagt zu, dass er den Haushalt nicht ablehnen werde. Er wolle die Botschaft des Haushalts unterstützen und den Mitarbeitern der Verwaltung ihre Motivation zurückgeben. Er hält den Verzicht auf Stellen im Bereich des Datenschutzes sowie des Denkmal- und Naturschutzes für nicht richtig. Auch spricht er sich für die Aufnahme der beantragten Stellen des Jobcenters in den Stellenplan aus.

Herr Kittler (Die LINKE) äußert die Bitte über die Stellen des Jobcenters gesondert abstimmen zu lassen. Das Jobcenter sei nicht gut besetzt. Da die Verträge einiger Jobcentermitarbeiter auslaufen würden, sei es keine Stellenmehrung sondern lediglich ein Erhalt der Stellen. Er sieht die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter als eine Aufgabe des Kreises Segeberg an und bittet den Kreistag um Zustimmung zu den beantragten Stellen.

Weiter erklärt er, dass er dem Haushalt nicht zustimmen könne. Beispielhaft für seine Entscheidung nennt er den Ausbau der ÜAS sowie die ISE-neu, die mit dem Haushalt nicht kompatibel seien. Weiter macht er den Kreistag auf den Antrag der Fraktion „Die LINKE“ aufmerksam und stellt diesen vor.

Die Landrätin erklärt, dass sie dankbar für den Hinweis auf die Wichtigkeit der Stelle des Datenschutzbeauftragten sei. Ihr sei der Stellenmehrbedarf sehr wichtig und erinnert an die Diskussionen, die bereits im letzten Jahr geführt worden seien. Der Benchmarkbericht sowie die Berichte des Landesrechnungshofes würden zeigen, dass der Kreis Segeberg in allen Vergleichen bei der Personalausstattung die letzten Plätze belege. Weiter pflichtet sie Herrn Kruse bei und macht deutlich, dass sie sich eine intensivere Aussprache zu dem Stellenmehrbedarf in den Fachausschüssen gewünscht hätte.

Pause 20:40 – 20:55 Uhr

Der Kreispräsident erteilt Herrn Busch (SPD) das Wort. Dieser spricht die beantragten 9.000 € für den Verein „pro familia“ an und erklärt, dass eine missbräuliche Verwendung ausgeschlossen sei. Er macht jedoch auch deutlich, dass der Bundesrat eine bundesgesetzliche Regelung schaffen müsse, um diese Problematik aus der Welt zu schaffen. Er stellt den Antrag, die 9.000 € in den Haushalt einzustellen.

Frau Hahn-Fricke (CDU) erwidert, dass „pro familia“ zu einem Rundumschlag ausgeholt und Mittel nicht nur beim Kreis sondern auch bei einigen Gemeinden beantragt habe. Die Kosten für Verhütungsmittel seien ihrer Meinung nach mit in dem Regelsatz enthalten. Ihr gehe es vor allem um Menschen, die nicht für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen könnten. Da die finanzielle Situation des Kreises Segeberg nicht rosig sei, müsse die Aufgabenstruktur überdacht werden.

Frau Höppner Reher (Gleichstellungsbeauftragte) erklärt dazu, dass jeder Mensch das Recht auf einen Zugang zu sicheren Verhütungsmethoden haben müsse. Sie verweist auf den § 49 SGB VII und ist außerdem der Meinung, dass hier klar gegen ein Menschenrecht verstoßen werde. Sie bittet den Kreistag heute ein Zeichen zu setzen und die Zeit zu überbrücken, bis eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene getroffen werde.

Im Anschluss stellt der Kreispräsident den Antrag von Herrn Busch zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 26 Ablehnung: 29 Enthaltung: 1

zu 12.1 Stellenplan 2013

Auf Anregung von Herrn Kittler („Die LINKE“) lässt der Kreispräsident über die Stellen für das Jobcenter gesondert abstimmen. Er lässt über den Antrag der Fraktion „Die LINKE“ abstimmen, 6 weitere Stellen im Jobcenter Segeberg in den Kreishaushalt zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 13 Ablehnung: 36 Enthaltung: 7

Im Anschluss stimmt der Kreistag über den Stellenplan ab.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 29 Ablehnung: 24 Enthaltung: 3

zu 12.2 Ergebnis- und Finanzplan 2013 ff.

Im Anschluss stellt der Kreispräsident nacheinander die einzelnen Änderungsanträge zur Abstimmung. Zunächst den Antrag der FDP-Fraktion bezüglich der Förderschulen.

Beschlussvorschlag (Antrag FDP-Fraktion DrS/2012/175):

Der Kreis Segeberg erhebt für das Haushaltsjahr nach § 111 SchulG (vgl. DrS/2012/116) im Haushaltsjahr 2013 einen Schulkostenbeitrag für die Förderzentren G von den Wohnortgemeinden in Höhe von 931.000 €. Dieser Betrag ist im Teilplan 221 (Förderzentren) als Ertrag einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 6 Ablehnung: 50 Enthaltung: -

Danach stellt der Kreispräsident den Antrag der FDP-Fraktion bezüglich der Reduzierung der Aufwandsentschädigungen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag (Antrag FDP-Fraktion DrS/2012/174):

Der Kreistag möge wie folgt beschließen:

Die Entschädigungen an die ehrenamtlich Tätigen und die Sitzungsgelder werden um 15% reduziert.

Die Zuschüsse zur Geschäftsführung der Fraktionen werden um 20% gekürzt.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 7 Ablehnung: 46 Enthaltung: 3

Anschließend lässt der Kreispräsident über den Antrag der CDU/FDP-Fraktionen zum Ausbau des Betreuungsangebotes für unter 3-Jährige abstimmen.

Beschlussvorschlag (Antrag Fraktionen von CDU- und FDP DrS/2012/173):

Für das Haushaltsjahr 2013 wird einmalig eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 Mio. Euro zu Lasten des Haushaltsjahres 2014 als Investitions-Fördermittel im Kreishaushalt

eingestellt. Der Jugendhilfeausschuss erarbeitet als Fachausschuss die dazu notwendigen Förderkriterien und –richtlinien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 55 Ablehnung: - Enthaltung: 1

Danach lässt der Kreispräsident über den Antrag der CDU-Fraktion zu den Schülerbeförderungskosten abstimmen. Vorerst wird jedoch über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt, bereits zum 1. Februar 2013 auf die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten zu verzichten.

Beschlussvorschlag (Antrag SPD-Fraktion):

Die SPD-Fraktion beantragt die Reduzierung des Eigenanteils in Höhe von 167.000 € gemäß beabsichtigter Satzungsänderung betr. Verzicht auf die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten ab 1. Februar 2013 lt. Beratung im BKS-Ausschuss am 20.11.2012.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 26 Ablehnung: 28 Enthaltung: 2

Im Anschluss stellt der Kreispräsident den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag (Antrag CDU-Fraktion):

Die CDU-Fraktion beantragt die Reduzierung des Eigenanteils in Höhe von 167.000 € gemäß beabsichtigter Satzungsänderung betr. Verzicht auf die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten ab 1. August 2013 lt. Beratung im BKS-Ausschuss am 20.11.2012.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 48 Ablehnung: 6 Enthaltung: 2

Daraufhin lässt der Kreispräsident den Kreistag über den Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Kulturarbeit abstimmen.

Beschlussvorschlag (Antrag CDU-Fraktion):

Bereitstellung von Mitteln für Kulturarbeit in Höhe von 65.000 € lt. eingebrachten Antrag in den BKS-Ausschuss am 20.11.2012 für „SE-Kulturtag“; zunächst als Projekt und Entwicklung eines Konzepts durch den VJKA für die Dauer von 3 Jahren.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 32 Ablehnung: 22 Enthaltung: 2

Im Anschluss stimmt der Kreistag über den Antrag der CDU-Fraktion zur Förderung der Musikschule Norderstedt ab.

Beschlussvorschlag (Antrag CDU-Fraktion):

Anpassung der Förderung der Musikschule Norderstedt an die Zuschüsse für die Kreismusikschule auf der Grundlage einer Strukturförderung pro Jugendeinwohner unter 18 Jahren gemäß Bericht der Verwaltung im BKS-Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 32 Ablehnung: 23 Enthaltung: 1

Weiterhin lässt der Kreispräsident über den Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Sanierung von Kreisstraßen abstimmen.

Beschlussvorschlag (Antrag CDU-Fraktion):

Für eine investive Sanierung der Kreisstraßen werden 1 Mio. Euro zusätzlich in den Haushalt 2013 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 31 Ablehnung: 23 Enthaltung: 2

Im Anschluss stellt der Kreispräsident den Antrag der CDU-Fraktion zum Personalkostendeckel zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag (CDU-Fraktion):

Auf der Grundlage des Personalkostendeckels 2012 beantragt die CDU-Fraktion, für 2013 unter Berücksichtigung der beschlossenen Mehr-Stellen im Stellenplan 2013 und tariflicher bzw. besoldungsrechtlicher Steigerungen in 2013 einen Haushaltsansatz in Höhe von 28,5 Mio. Euro (gegenüber dem Ansatz gemäß Haushalts-Verwaltungsentwurf mit 28.781.100 Euro) in den Ergebnishaushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 29 Ablehnung: 26 Enthaltung: 1

Weiterhin lässt der Kreispräsident über die Anträge der CDU-Fraktion zu den Sachkosten bzw. Geschäftsaufwendungen abstimmen.

Beschlussvorschlag (CDU-Fraktion):

Der Ansatz von 632.400 Euro unter der Ziffer 13.59 (Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen; Sonstige) in der Übersicht der Teilplanzeilen 13 und 16 mit Werten für den gesamten Kreis – 2011 bis 2016 – ist auf 542.400 Euro zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 29 Ablehnung: 26 Enthaltung: 1

Beschlussvorschlag (CDU-Fraktion):

Der Ansatz von insgesamt 575.400 Euro unter den Ziffern 16.67 und 16.73 (Geschäftsaufwendungen: Sachverständigen-, Gericht- und ähnliche Vergütungen/Geschäftsaufwendungen: Sachverständigen-, Gericht- und ähnliche Vergütungen: sonstige Geschäftsaufwendungen) in der Übersicht der Teilplanzeilen 13 und 16 mit Werten für den gesamten Kreis – 2011 bis 2016 – ist auf 475.400 Euro zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 29

Ablehnung: 26

Enthaltung: 1

Daraufhin stellt der Kreispräsident Konsens über die aktuelle Änderungsliste, den investiven Finanzplan, die Verpflichtungsermächtigungen im Kreistag her.

Pause 21:55 – 21:58 Uhr

zu 12.3 Haushaltssatzung 2013

Die Landrätin trägt die nach den heutigen Beschlüssen errechneten Zahlen der zu beschließenden Haushaltssatzung 2013 vor. Anschließend lässt der Kreispräsident über die Haushaltssatzung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

- das Budget 2012 mit der aktuellen Änderungsliste
- die Haushaltssatzung 2012 (inklusive Stellenplan) mit folgenden Daten:

HAUSHALTSSATZUNG DES KREISES SEGEBERG FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2013

Aufgrund des § 57 der Kreisordnung in Verbindung mit den §§ 95 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Kreistages vom 06. Dezember 2012 und mit Genehmigung der Kommunaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr **2013** wird

1. im Ergebnisplan mit	
einem Gesamtbetrag der Erträge ¹ auf	255.850.400 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen ¹ auf	255.857.100 EUR
einem Jahresüberschuss von	EUR
einem Jahresfehlbetrag von	6.700 EUR

und

2. im Finanzplan mit	
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	252.409.700 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	245.766.000 EUR

¹ Ohne interne Leistungsbeziehungen

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 3.936.000 EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 12.237.800 EUR

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der **Gesamtbetrag der Kredite** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 71.400 EUR
2. der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsmächtigungen** auf 20.838.000 EUR
3. der **Höchstbetrag der Kassenkredite** auf 35.000.000 EUR
4. die **Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen** auf 431,25 Stellen

§ 3

1. Der Umlagesatz für die **allgemeine Kreisumlage** wird festgesetzt auf **37,5** v. H.
2. Der Umlagesatz für die **zusätzliche Kreisumlage** wird festgesetzt auf **31** v. H.

Der für die Erhebung der zusätzlichen Kreisumlage maßgebliche Vomhundertsatz nach § 27 Abs. 3 FAG wird auf **110** v.H. festgesetzt.

§ 4

Der Kreis erhebt gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Schleswig-Holstein von den Städten und Gemeinden für die von ihm zu erbringenden Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II und der Kos-

ten der Warmwasserbereitung nach § 27 Abs. 7 SGB II einen Kostenanteil. Der zu erstattende Kostenanteil wird auf 23 % festgesetzt.

Bei der Festsetzung der Erstattungsbeträge ist die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II und der vom Land gewährte Ausgleichsbetrag für die entstehende Entlastung des Landes jeweils in voller Höhe von den Leistungen nach Satz 1 abzusetzen. Maßgeblich ist die Bundesbeteiligung nach § 46 Abs. 5 SGB II abzüglich

- 2,8 Prozentpunkte für Hortmittagessen und Schulsozialarbeit (befristet bis 31. Dezember 2013),
- 1 Prozentpunkt für Verwaltungskosten für die Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem SGB II und
- 0,2 Prozentpunkte für Verwaltungskosten für die Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6 b Bundeskindergeldgesetz.

Zur Erstattung ist diejenige Gemeinde verpflichtet, in der die Grundsicherungsempfängerin oder der Grundsicherungsempfänger ihren oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die Ämter können mit Zustimmung der beteiligten Gemeinden die Erstattung übernehmen.

Die Gemeinden leisten zunächst auf den von ihnen zu erbringenden Kostenanteil monatliche Abschlagszahlungen jeweils zum 15. eines Monats, die Abschlagszahlungen und endgültigen Abrechnungen erfolgen zwischen dem Kreis und den Städten, Ämtern und amtsfreien Gemeinden.

§ 5

Deckungsfähigkeiten nach § 22 und Zweckbindungen nach § 21 GemHVO-Doppik ergeben sich aus der Übersicht über die nach § 20 GemHVO-Doppik gebildeten Budgets.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 43 Ablehnung: 8 Enthaltung: 5

zu 13 Entwurf Jahresabschluss Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg 2011 Vorlage: DrS/2012/165

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

- a) Der Schlussbericht der TreuKom GmbH über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und der Lagebericht für das Haushaltsjahr 2011 des Eigenbetriebs Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg werden zur Kenntnis genommen.
- b) Der Kreistag beschließt den Jahresabschluss 2011 mit der am 04.12.2012 aufgestellten Abschlussbilanz des Eigenbetriebs zum 31.12.2011 mit einer Bilanzsumme von 63.955.982,20 EUR, einem Stammkapital in Höhe von 4.221.074,34 EUR sowie den Lagebericht.

Der Kreistag beschließt folgende Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 1.119.404,88 EUR:

Zuführung zu den allgemeine Rücklagen (80%) 895.523,90 EUR
Zuführung zu den Ergebnisrücklage (20%) 223.880,98 EUR
Überschuss gesamt 1.119.404,88 EUR

Daraus ergeben sich folgende vorläufige neue Rücklagenbestände:

Allgemeine Rücklage 4.130.079,15 EUR
Ergebnisrücklage 1.025.212,42 EUR

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 47 Ablehnung: 3 Enthaltung: 6

**zu 13 Entwurf Jahresabschluss Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg 2011
Vorlage: DrS/2012/165**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

- a) Der Schlussbericht der TreuKom GmbH über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und der Lagebericht für das Haushaltsjahr 2011 des Eigenbetriebs Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg werden zur Kenntnis genommen.
- b) Der Kreistag beschließt den Jahresabschluss 2011 mit der am 04.12.2012 aufgestellten Abschlussbilanz des Eigenbetriebs zum 31.12.2011 mit einer Bilanzsumme von 63.955.982,20 EUR, einem Stammkapital in Höhe von 4.221.074,34 EUR sowie den Lagebericht.

Der Kreistag beschließt folgende Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 1.119.404,88 EUR:

Zuführung zu den allgemeine Rücklagen (80%) 895.523,90 EUR
 Zuführung zu den Ergebnizrücklage (20%) 223.880,98 EUR
 Überschuss gesamt 1.119.404,88 EUR

Daraus ergeben sich folgende vorläufige neue Rücklagenbestände:

Allgemeine Rücklage 4.130.079,15 EUR
 Ergebnizrücklage 1.025.212,42 EUR

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich
 Zustimmung: 47 Ablehnung: 3 Enthaltung: 6

**zu 14 Jahresabschluss 2011 des Kreises Segeberg
 Vorlage: DrS/2012/164**

Der Kreistag beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

- a) Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2011 des Kreises Segeberg wird zur Kenntnis genommen.
- b) Der Kreistag beschließt den Jahresabschluss 2011 mit der am 10.07.2012 aufgestellten Abschlussbilanz des Kreises Segeberg zum 31.12.2011 mit einer Bilanzsumme von 161.439.676,53 EUR sowie einem Eigenkapital in Höhe von 5.394.867,98 EUR sowie den Lagebericht.
- c) Der Ausgleich des Jahresfehlbetrages in Höhe von 7.744.944,81 EUR erfolgt zu 622.512,18 EUR aus Mitteln der Ergebnizrücklage. Der verbleibende Teilbetrag in Höhe von 7.122.432,63 EUR wird als vorgetragener Jahresfehlbetrag ausgewiesen.

Daraus ergeben sich folgende neuen Rücklagenbestände:

Allgemeine Rücklage	12.517.300,61 EUR
Ergebnizrücklage	0 EUR
Vorgetragener Jahresfehlbetrag	7.122.432,63 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung: 53 Ablehnung: - Enthaltung: 3

zu 15 Aktuelle Fragezeit

Herr Wagner (SPD) fragt nach, wann die Ergebnisse aus „Jugend im Kreistag“ im Kreistag und auch in den Ausschüssen beraten werden sollen. Der Kreispräsident erwidert, dass man sich darauf verständigt habe, die Ergebnisse, die für den Kreistag relevant seien in den Ausschüssen zu beraten. Empfehle der Ausschuss einen Kreistagsbeschluss, würde sich auch der Kreistag mit den Ergebnissen befassen. Falls durch eine Fraktion gewünscht sei, sich mit den Ergebnissen aus „Jugend im Kreistag“ im Kreistag zu befassen, könne ein entsprechender Antrag zur Tagesordnung gestellt werden.

zu 16 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Kreispräsident schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Winfried Zylka
(Kreispräsident)

f.d.R. Birke
(Protokollführer)